

Kommunisten

Notizen von einer Konferenz in der Friedrich-Ebert-Stiftung

KARLEN VESPER

An einem großen, offenen Runden Tisch, ähnlich wie beim UN-Sicherheitsrat in New York, waren die Teilnehmer der 5. Hermann-Weber-Konferenz zur Historischen Kommunismusforschung im Tagungssaal der Friedrich-Ebert-Stiftung in Berlin platziert. Bemerkenswert: Es überwogen jüngere Historiker und Historikerinnen aus dem In- und Ausland. Auffallend: Sie präsentierten eine erfrischend andere Sicht auf die kommunistische Bewegung, als man bislang, zumindest in der bundesdeutschen Historiografie, gewohnt ist. Natürlich fiel öfters der Name jenes Mannes, nach dem diese Veranstaltungsreihe benannt ist und der sich selbst als Nestor der westdeutschen Kommunismusforschung bezeichnet hatte: des Mannheimer Historikers Hermann Weber, der unter dem Decknamen »Hermann Wunderlich« von 1947 bis 1949 an der Parteihochschule »Karl Marx« studiert hatte, in der Bundesrepublik inhaftiert war und 1954 als »Renegat« aus der westdeutschen KPD ausgeschlossen worden ist, um zehn Jahre darauf eine neue politische Heimat in der SPD zu finden. Ähnlich Wolfgang Leonhard, 1945 mit der »Gruppe Ulbricht« aus dem Sowjetexil nach Deutschland zurückgekehrt, Dozent an der der SED-Kaderschmiede in Kleinmachnow, der 1949 mit dem Stalinismus brach und über Jugoslawien in den Westen floh. Auch sein Name fiel auf der dreitägigen Konferenz über »Kommunismus und westeuropäische Demokratien nach 1945«. Letzterem wurde von Mario Keßler (Berlin) allein durch dessen mehrfach in verschiedenen Sprachen aufgelegtes Buch »Die Revolution entlässt ihre Kinder« sowie Lehrtätigkeit in Yale (USA) eine international größere Resonanz als dem in Mannheim lehrenden Weber konzidiert. Natürlich wurde auf der Konferenz auch an Eric Hobsbawm erinnert, der bis zuletzt der britischen KP die Treue hielt und trotzdem über ideologische Lagerkoller hinweg als Wissenschaftler Hochachtung bis heute erfährt.

Doch warum spielten die westdeutschen Kommunisten nicht die Rolle im gesellschaftlichen Leben wie ihre Genossen und Genossinnen etwa in Frankreich und Italien? Obwohl auch sie den größten Blutzoll im Kampf gegen den Hitlerfaschismus geleistet hatten wie jene in der Résistance und Resistenza, denen dann gar mit Regierungsverantwortung gedankt wurde.

Den Auftakt zur Konferenz gab eine Podiumsdiskussion, eröffnet mit einem Einführungsreferat von Sonja Levesen (Trier) über die »Randständigkeit des Kommunismus in der Bundesrepublik« im Vergleich mit den westeuropäischen Nachbarstaaten. Sie benannte als Ursache hierfür die staatlichen Repressionen. Westdeutsche Kommunisten sahen sich im Adenauer-Staat mit Staatsanwälten und Richtern konfrontiert, die sie in der NS-Zeit angeklagt und zu KZ- und Zuchthaushaft verurteilt hatten. Die Frage, ob die Kommunistenverfolgung in Westdeutschland, gipfelnd im KPD-Verbot 1956, mit jener unterm Hakenkreuz zu vergleichen wäre, spaltete Podium und Publikum. Ein älterer Zuhörer wollte dafür lieber die Verfolgung von Sozialdemokraten in der sowjetischen Besatzungszone und DDR mehr in den Fokus rücken, was von der Moderation (Ulrich Mähler, Berlin) abgelehnt wurde, weil »jetzt nicht das Thema«.

Mit einer Debatte über Kommunisten an der Macht (Beispiel Italien) und Kommunisten ohne Macht (Österreich, BRD) begann der zweite Konferenztag, in der erfreulicherweise durch Teresa Malice (Bielefeld) und Fiametta Balestracci (Turin) an starke, selbstbewusste italienische Kommunistinnen erinnert wurde. Ein Kontrastprogramm bot das Panel, das sich der 1921 gegründeten KP Portugals als eine der ältesten, heute noch aktiven kommunistischen Parteien Westeuropas sowie der KP Niederlande, 1992 neu gegründet, widmete. Der letzte Konferenztag befasste sich mit dem Einfluss jüdischer Kommunisten und Kommunistinnen und Shoah-Überlebenden auf die Erinnerungskultur in der BRD, so Emil Carlebach und Esther Bejarano, mit dem Beitrag von Kommunisten in gewerkschaftlichen Kämpfen wie in der Bremer Vulkan-Werft in den 70er Jahren (Johanna Wolf, Frankfurt am Main) oder beim britischen Bergarbeiterstreik 1984/85 (Jörg Arnold, Nottingham). Wurde generell der Spagat zwischen Ablehnung und Adaption der parlamentarischen Demokratie gut herausgearbeitet, blieb das Kapitel Eurokommunismus, dankenswerterweise von Thomas Kroll (Jena) angesprochen, letztlich doch unterbelichtet.

Die Botschaft: Es gab zu keiner Zeit eine homogene Bewegung, weshalb man nicht von *dem* Kommunismus sprechen könne, sondern von Kommunisten reden müsse.